

Alexander Hoffmann

- (A) gen zusammenwächst. Es geht um bessere Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen. Wir brauchen ein flächendeckendes einheitliches System des Patentschutzes in der Europäischen Union, und das vor allem in einem Verfahren, das kostengünstig ist, das effizient ist und das möglichst zügig funktioniert. Deswegen muss man sagen, dass das, was wir heute beschließen, ein wesentlicher Bestandteil nicht nur für den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern vor allem für den Wirtschaftsstandort Europa ist.

An der Stelle möchte ich schon etwas zur globalen Situation von Freihandel und Welthandel sagen, weil man ehrlicher Weise sagen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Seit Mitte November ist im Bereich „Welthandel und Freihandel“ eigentlich nichts mehr so, wie es mal war. Wir haben schon lange einen Wettbewerb der Wirtschaftsräume. Mitte November ist ein neues Freihandelsbündnis in der Asien-Pazifik-Region zustande gekommen. Man muss sich das mal vorstellen: ein Bündnis, bei dem Australien dabei ist, Thailand, Singapur, Malaysia und viele andere Staaten, insgesamt 14 Staaten mit 2,2 Milliarden Verbrauchern. Wenn man sich überlegt, dass wir in der Europäischen Union circa 500 Millionen Einwohner haben, kann man sich schon vorstellen, was das für ein Ungleichgewicht der Kräfte bedeutet, meine Damen und Herren. Da hat sich kräftig etwas verschoben.

- (B) Wenn wir dann zur Kenntnis nehmen, dass wir hier einen echten Wettbewerb der großen Wirtschaftsräume haben, stellen wir relativ schnell fest, dass die AfD mit ihrer Politik der nationalen Brötchen scheitern wird. Aber, meine Damen und Herren, zur Wahrheit auch, dass diejenigen scheitern, die – so ist es auch passiert – mit Feuer und Schwert Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP bekämpfen; denn das wird die Zukunft sein – das erlaube ich mir hier zu sagen –, wenn wir in dieser globalisierten Welt im Bereich von Freihandel und Welthandel bestehen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das war jetzt ein kleiner Ausflug zur globalen Situation. Ich will aber am Ende noch etwas zum Ausstieg Großbritanniens sagen; auch das ist angeklungen. Es gibt Bedenken gegen die Wirksamkeitsvoraussetzungen des Abkommens, weil tatsächlich vorgesehen ist, dass vor allem die drei patentintensiven Nationen Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland an diesem Abkommen teilnehmen. Aber – das ist juristisch auch überprüft worden – es wird davon ausgegangen, dass die Vereinbarung war, dass die drei deshalb teilnehmen, um frühzeitig zu starten; denn ein Einheitliches Patentgericht macht keinen Sinn, wenn nicht alle drei patentintensiven Nationen mit an Bord sind. Im Umkehrschluss bedeutet das aber – das legt die Auslegung des Gesetzestextes nahe –, dass das Ausscheiden Großbritanniens keine Wirksamkeitsvoraussetzung ist, sondern dass letztendlich, auch was die Frage der Standorte angeht, jemand anderes nachrückt. Ansonsten könnte ja der einfache Ausstieg eines europäischen Staates ein ganzes Abkommen zu Fall bringen, und das widerstrebt den europäischen Verträgen. Stimmen Sie zu, dann machen Sie alles richtig!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (C)
(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident in Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Übereinkommen vom 19. Februar 2013 über ein Einheitliches Patentgericht. Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/24742, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/22847 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Eine Enthaltung. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung eines fraktionslosen Abgeordneten mit Zustimmung aller übrigen Fraktionen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich weise darauf hin, dass zur Annahme des Gesetzentwurfs die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Deutschen Bundestages erforderlich ist; das sind mindestens 473 Stimmen. Wir stimmen daher über den Gesetzentwurf namentlich ab.

Für die Stimmabgabe in der Westlobby haben Sie nach Eröffnung der Abstimmung 30 Minuten Zeit. Bitte gehen Sie nicht alle gleichzeitig zur Abstimmung. Denken Sie bitte wieder an die Pflicht zum Tragen der Mund-Nase-Bedeckung, und halten Sie bitte den Sicherheitsabstand ein. Es stehen acht Urnen zur Verfügung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Urnen einzunehmen. – Sie sind alle an ihrem Platz. Ich eröffne die namentliche Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/22847. (D)

Die Abstimmung wird um 18.17 Uhr geschlossen. Das bevorstehende Ende der namentlichen Abstimmung wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.¹⁾

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17 a bis 17 c auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Steffi Lemke, Renate Künast, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Naturzerstörung, Wildtierhandel und Pelztierfarmen stoppen – Risiko für zukünftige Pandemien senken

Drucksache 19/24435

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (f)
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

- b) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Schutz von exotischen Tieren bei Handel und Haltung verbessern – Ursachen für Pandemien bekämpfen

¹⁾ Ergebnis Seite 24677 C

Vizepräsident in Petra Pau

(A) **Drucksache 19/24645**

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss Digitale Agenda

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Judith Skudelný, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Verbreitung von Zoonosen im Handel mit Wildtieren verhindern – Bessere Regeln statt Verbote

Drucksache 19/24593

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Und denken Sie bitte daran, wenn Sie sich im Plenarsaal bewegen, den Mund-Nase-Schutz aufzusetzen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Steffi Lemke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eröffnete in der vergangenen Woche die Debatte zum Infektionsschutzgesetz mit der Aussage, dass die gegenwärtige Pandemie ein Naturereignis, eine Naturkatastrophe sei, die schicksalhaft über uns gekommen ist. Nun kann man über den Begriff „Schicksal“ möglicherweise lange diskutieren; aber diese Pandemie ist definitiv keine Naturkatastrophe. Sie ist menschengemacht. Es ist eine Katastrophe mit Ansage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wussten, dass das auf uns zukommt. Wir wussten es spätestens seit der SARS-Pandemie 2003, eine meldepflichtige Krankheit in Deutschland. Wir wussten es, seit die WHO einen internationalen Pandemieplan aufgestellt und von den Nationalstaaten nationale Pandemiepläne gefordert hat. Und wir wussten es spätestens, seitdem auch Deutschland über das RKI einen Nationalen Pandemieplan vorgelegt hat. Trotzdem haben wir dieses Problem vernachlässigt. Wir waren schlecht vorbereitet, als diese Pandemie im letzten Winter nach Europa gekommen ist.

Fakt ist, dass die Pandemie menschengemacht ist, dass nicht die Natur die Ursache ist, sondern eher die Naturzerstörung. Menschliches Tun ist die Ursache dieser Pandemie. Es ist richtig, dass wir uns gegenwärtig im Bundestag, in den Ländern und in den Kommunen auf die

Pandemiebekämpfung konzentrieren und auf die Hilfen für die Wirtschaft, Lösungen im Bereich Schulen und auf die Vorbereitung möglicherweise weiter steigender Infektionszahlen. Aber wenn wir diese Katastrophe nicht gleichzeitig zum Anlass nehmen, mehr und bessere Vorsorge zu treffen, dann haben wir, glaube ich, immer noch nicht verstanden, was gerade passiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört erstens eine vertiefte Risikoanalyse über Pandemien, auch wenn wir möglicherweise den Ursprung der letzten Pandemie nie erfahren werden. Wir wissen, dass das Virus mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem Wildtiermarkt oder von Marderhundfarmen in Asien stammt. Auf die Analyse muss als zweiter Schritt die Risikominimierung folgen. Wir werden das Risiko von Pandemien nicht völlig ausmerzen können; das ist nicht mehr möglich. Unsere Aufgabe, der wir uns jetzt parallel zuwenden müssen, ist, zu überlegen, welche Risiken wir zu welchem gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Preis schnell und auch langfristig reduzieren können. Wenn wir bis zur nächsten Pandemie damit warten, ist es zu spät.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Dr. Barbara Hendricks [SPD])

Uns liegt das IPBES-Arbeitspapier aus dem letzten Monat vor, das eine so deutliche Sprache spricht, wie ich es persönlich nicht erwartet hatte. Ohne Prävention werden Pandemien in Zukunft häufiger auftreten, und sie werden noch schneller und noch tödlicher verlaufen und einen größeren wirtschaftlichen Schaden mit sich bringen. Das ist ein so glasklarer Handlungsauftrag an alle Regierungen in Europa und natürlich darüber hinaus, dass ich mich wundere, dass sich dieses Thema im gegenwärtigen Handeln so wenig niederschlägt; darauf komme ich gleich noch zurück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

70 Prozent der momentan neu entstehenden Krankheiten sind Zoonosen, also Krankheiten, die von Tieren auf Menschen und umgekehrt übertragen werden können. Alle bekannten Pandemien sind Zoonosen. Deshalb muss die Verdrängung und Zerstörung von Natur reduziert werden. Ich sage gar nicht: „innerhalb kurzer Zeit beendet werden“; ich bin ja nicht illusionär. Ich weiß, dass wir die Vernichtung des Regenwalds nicht im nächsten Jahr komplett stoppen werden. Aber diesem Thema muss im internationalen Handeln eine höhere Priorität beigemessen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Thema, das wir mit dieser Debatte adressieren, ist der internationale Wildtierhandel, der zum Schutz der Biodiversität, aus Tierschutzgründen und – jetzt neu – zum Schutz vor weiteren Pandemien dringend begrenzt und eingeschränkt werden muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Steffi Lemke

- (A) An dieser Stelle hat die Bundesregierung ihren Handlungsauftrag bisher komplett verschlafen. Die Koalitionsfraktionen legen heute endlich einen Antrag vor, den sie seit Jahren angekündigt haben.

Vizepräsident in Petra Pau:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Aber wir brauchen mehr Tempo und mehr Handeln, nicht bloß Absichtsbekundungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident in Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Klaus-Peter Schulze für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Klaus-Peter Schulze (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle drei Anträge beschreiben im Prinzip drei Kernprobleme: a) das Problem des Artenschutzes, b) das Problem des Tierschutzes und c) das Problem der Zoonosen. Ich möchte mich in meinem Beitrag auf den Artenschutz konzentrieren.

- (B) Der Handel, vor allen Dingen der illegale Handel, mit Exoten, die als Wildtiere aus irgendwelchen Regionen dieser Erde entnommen werden, ist ein ernstzunehmendes Problem, wenn es darum geht, Tierarten zu schützen. Dieser internationale Handel bedroht Reptilien- und Amphibienarten, aber auch Vögel, Säugetiere, Insekten. Der internationale Handel ist weitgehend unreguliert und stark abhängig von Wildfängen.

Die EU ist ein Hauptabsatzmarkt für den legalen, aber auch für den illegalen Handel mit Wildfängen. Man kann sich das auf der Wildtierbörse in Hamm, die viermal im Jahr stattfindet, sehr genau anschauen.

(Jan Ralf Nolte [AfD]: Das sind Zootiere!)

Ich habe das zweimal gemacht. Es ist schon interessant, wie das dort abläuft: Wenn der Veterinärmediziner die Kontrolle beendet hat, werden Kisten mit Arten, die illegal nach Deutschland geholt wurden, auf die Verkaufstische gelegt

(Jan Ralf Nolte [AfD]: Was für ein Unfug, Herr Kollege!)

– gucken Sie es sich an; ich habe es gesehen – und dann gehen Arten über den Tisch, die in den Ursprungsländern unter Schutz stehen.

(Jan Ralf Nolte [AfD]: Ich kenne mich aus! Das ist doch lächerlich!)

Hinzu kommt, dass dort Summen im mittleren vierstelligen Bereich gezahlt werden; einen Kassenbon gibt es natürlich nicht.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahnsinn!)

- (C) Mit unserem Antrag wollen wir diese Börsen nicht verbieten, aber regulieren, und das ist dringend erforderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Susanne Mittag [SPD])

Das Landwirtschaftsministerium hat bereits in der letzten Legislatur eine Studie in Auftrag gegeben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Studie!)

Diese liegt seit 2018 vor, und daraus leiten sich einige Handlungsverpflichtungen für uns ab. Es ist richtig, Frau Kollegin Lemke, dass es etwas länger gedauert hat. Der Antrag war im Wesentlichen Anfang des Jahres fertig; aber die Pandemie hat uns gezwungen, diesem Thema größere Aufmerksamkeit zu schenken.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie sich nicht raus!)

Wir wollen die Empfehlungen der Exopet-Studie umsetzen, und dazu ist es erforderlich, dass in allen Bereichen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Leider – und das ist aus meiner Sicht sehr bedauerlich – wird es nicht gelingen, den Lacey Act, der beispielsweise in Nordamerika üblich ist, in Europa umzusetzen. Das ist aus meiner Sicht ein Handicap. Ich weiß, dass unser Bundesumweltministerium seit längerer Zeit versucht, dies in Europa umzusetzen. Leider machen eine Reihe von Ländern nicht mit.

- (D) Abschließend möchte ich auf einige Beispiele eingehen, die deutlich machen, welche Rolle der illegale Handel mit Arten spielen kann. Der Borneo-Taubwaran, eine seltene Art, galt viele Jahrzehnte als ausgestorben. Er wurde im Jahr 2012 wiederentdeckt und zwei Jahre später auf der von mir benannten Börse gehandelt. Ein anderes Beispiel ist der Persische Streifenskink. Diese neue Art wurde im Oktober 2017 erstmalig in einer wissenschaftlichen Publikation beschrieben; drei Monate später wurde das Tier in Deutschland gehandelt. Hier wird deutlich, mit welchem Einsatz die Händler unterwegs sind, um Arten heranzuholen, über die wir noch keine Kenntnisse haben. Ich könnte die Reihe der Beispiele fortsetzen. Der FDP-Antrag nennt auch das Bunthörnchen, an dessen Biss drei Kleintierzüchter aus Sachsen-Anhalt verstorben sind.

Als letztes Beispiel möchte ich den Salamanderpilz nennen. Auch er ist in Europa aufgetaucht, weil illegal eingeführte Schwanzlurche aus Ostasien diesen Pilz mitgebracht haben. Dieser Hautpilz, an den sich die Arten in Ostasien über viele Millionen Jahre anpassen konnten, schlägt bei uns jetzt mit Vehemenz zu. In den Beneluxstaaten sind die Schwanzlurche so gut wie ausgestorben. Der Feuersalamander ist dort verschwunden. Mittlerweile gibt es in Deutschland in einer ganzen Reihe von Bundesländern diese Tendenz. Das BfN macht zurzeit eine Untersuchung zu diesem Thema. Ich denke, dass bis zum Jahresende die Ergebnisse vorliegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieses Beispiel macht deutlich, was passiert, wenn es uns nicht gelingt, diesen illegalen Artenhandel einzudämmen und zu verhindern. Die Anträge von FDP und Grüne

Dr. Klaus-Peter Schulze

- (A) beinhalten viele gute Vorschläge, unser Antrag ist allerdings komplexer. Ich lade Sie ganz herzlich ein: Folgen Sie unserem Antrag!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident in Petra Pau:

Während das Pult gereinigt wird, wofür ich mich übrigens bedanke, mache ich noch einmal darauf aufmerksam, dass der Mund-Nase-Schutz so genannt wird, weil auch die Nase mit ebendiesem bedeckt sein soll. Ich bitte, das zu berücksichtigen, auch wenn Sie Gespräche im Stehen am Rande des Plenums führen.

Das Wort hat der Abgeordnete Jan Nolte für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Ralf Nolte (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir können uns heute keinem der hier vorgelegten Anträge anschließen. Die Grünen zum Beispiel definieren nicht einmal, was sie mit „Wildtieren“ meinen. Auch die unterstellte Zoonosegefahr ist in dieser pauschalen Form schlicht unwissenschaftlich. Hier wäre eine Fokussierung auf Fledertiere, Primaten und Nager verständlicher gewesen.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Wer Angst vor Salmonellen bei Reptilien hat, dem sei gesagt: Waschen Sie sich die Hände, halten Sie Kleinkinder von Reptilien fern, und nehmen Sie zur Kenntnis, dass in Nordrhein-Westfalen nur 0,13 Prozent der Salmonellenfälle auf Reptilien zurückgehen! Die Forderung nach dem Sachkundenachweis für Halter ist vollkommen abwegig. Wer allen Ernstes veranlassen möchte, dass jeder, der sich einen Aquarienfisch kauft, vorher einen dreitägigen Kurs machen muss und 500 Euro bezahlen muss, der schafft auf kreative Weise die Exotensparte unserer Heimtierbranche ab.

(Beifall bei der AfD)

Solche Ideen, genau wie pauschale Börsenverbote, können Sie sich direkt sparen, liebe Kollegen. Das greift in die Berufsfreiheit ein und hält keiner verfassungsrechtlichen Überprüfung stand.

Auch von den Forderungen der GroKo bin ich schockiert. Gewerbliche Händler, die dem § 11 des Tierschutzgesetzes unterliegen und besser kontrollierbar sind als Hobbyzüchter, wollen Sie von den Börsen ausschließen. Das ist eine Forderung nicht nur gegen den gesunden Menschenverstand, sondern auch gegen geltendes Recht.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich muss es das Ziel sein, Wildfänge zunehmend durch Nachzucht ersetzen zu können; gar keine Frage. Aber Wildfänge pauschal für Börsen, deren Standard Sie ja verbessern wollen, und auch für Onlinehändler verbieten zu wollen, ist ein Ansatz, bei dem man wirklich

keine Logik erkennen kann. Bitte setzen Sie sich hier noch einmal mit den Fachverbänden zusammen, und verbessern Sie das nach. (C)

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte generell darum, diese Debatte von naiven PETA-Narrativen freizuhalten. Exotenhalter sind gerade nicht der Grund für Artenschwund. Das Gegenteil ist der Fall; sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Arterhaltung.

Unscheinbare Tiere wie Schlangen, Echsen, kleine Fische und Wirbellose sind für Zoos eher weniger interessant. Das kann man sich vorstellen. Was glauben Sie eigentlich, in wie vielen Ländern der Erde man vor Bauprojekten fragt, ob in dem Gebiet irgendwelche Schlangen oder Vogelspinnen leben? Das ist doch realitätsfremd. Solche Tiere werden in vielen Ländern der Erde kurzerhand getötet. Die zunehmende Zerstörung der Lebensräume ist das Problem. Arten wie etwa der Hochlandkärpfling gäbe es ohne private Liebhaber überhaupt nicht mehr. Andere, wie der Kronengecko, sind in der Natur selten geworden, werden aber sehr erfolgreich nachgezüchtet.

(Beifall bei der AfD)

Vom Chytridpilz bedrohte Frösche werden mit großer Hingabe von Privatleuten gezüchtet, um sie vor der Ausrottung zu bewahren und Zuchtstämme zur späteren Auswilderung zu schaffen. Hätten wir schon vor Jahren das gemacht, was GroKo und Grüne heute fordern, dann wären viele Arten jetzt unrettbar verloren. (D)

(Beifall bei der AfD)

Private Halter leisten – übrigens ohne einen Cent Steuergeld – einen Beitrag zum Arterhalt, den Zoos alleine so nicht leisten können. Natürlich muss das alles sinnvoll geregelt und artgerecht sein; überhaupt keine Frage. Aber hören wir auf, die Exotenfremde in Deutschland als Risiko zu betrachten. Sie sind eine Chance, eine Chance für den Arterhalt.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden, weil die Anträge, die hier vorliegen, so nicht in Ordnung sind, einen eigenen Antrag zu diesem Thema einbringen. Wir fordern dann ein bundesweites Melderegister für Exotenhalter und Züchter. Die Pflicht zur Ausgabe von Merkblättern nach § 21 des Tierschutzgesetzes bei Tierverkäufen wollen wir auch auf den privaten Bereich ausdehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident in Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Carsten Träger für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Klaus-Peter Schulze [CDU/CSU])

(A) Carsten Träger (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie hat uns fest im Griff. Täglich reden wir in diesem Haus darüber, wie wir die Gesundheit schützen können, wie wir die Folgen für die Menschen abfedern können. Vielleicht geht es Ihnen so wie mir, dass man sich die Frage stellt: Wie konnte es so weit kommen? Was ist passiert, dass wir von einem solchen Virus bedroht werden?

Ich bin der Bundesumweltministerin dankbar, dass sie bereits im Frühjahr dieses Jahres wertvolle Hinweise gegeben hat. Das Coronavirus ist mit großer Wahrscheinlichkeit vom wilden Tier auf den Menschen übergesprungen. Übrigens ist es nicht die einzige Geißel der Menschheit, bei der das passiert ist. Auch das HI-Virus stammt ursprünglich aus dem Tierreich, wie rund 70 Prozent der Krankheitserreger generell. Deswegen ist es richtig, dass wir im Nachgang zur SARS-Frage, die Frau Lemke angesprochen hat, viel getan haben, um die nationalen Schutzmaßnahmen zu verbessern. Aber es ist auch dringend notwendig, dass wir über den Ursprung der Problematik reden. Das ist nun einmal die verstärkte Nutzung bislang ungestörter Lebensräume, das ist die damit verbundene Nähe zu wildlebenden Tieren, und das ist der Handel mit diesen Wildtieren auf Wildtiermärkten. Das alles trägt zu einer erheblichen Erhöhung des Risikos bei, dass das Virus auf den Menschen überspringt. Je enger der Mensch der Natur und den wilden Tieren auf den Leib rückt, desto größer ist die Gefahr für den Menschen. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, ist Naturschutz, deshalb ist vom Mensch unberührte Natur auch für uns so wichtig.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Klaus-Peter Schulze [CDU/CSU])

In dem Antrag, den wir heute vorlegen, fordern wir sowohl nationale als auch internationale Maßnahmen. Auf die nationale Komponente, zum Beispiel auf den angesprochenen Sachkundenachweis, wird meine Kollegin Susanne Mittag eingehen.

Ich möchte mich auf den Artenschutz konzentrieren. Es ist so: Internationale Mühlen mahlen leider langsam, aber wir haben eine globale Problematik. Das ist ein komplexes Problem. Deshalb sind Lösungen auch nur multilateral und in Gemeinsamkeit möglich.

Ich möchte drei Forderungen herausheben. Die erste ist, dass wir endlich auf europäischer Ebene ein Gesetz brauchen, das den Import von Arten verbietet, die in ihren Heimatländern unter Naturschutz stehen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Das ist leider nicht der Fall. Deswegen hat der Kollege Schulze recht, dass wir weiterhin für eine europäische Analogie zum US-amerikanischen Lacey Act kämpfen müssen. Die Amerikaner sind hier besser als wir.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens fordern wir die Schließung von Wildtiermärkten, die für die konsumtive Nutzung abgehalten werden, auch auf internationaler Ebene. Konsumtive Nutzung ist der Verzehr, und das ist die sogenannte traditionelle medizinische Verwendung. Das ist nicht

nötig. Wir machen hier nur Ausnahmen, strenge Ausnahmen, für indigene Lebensgemeinschaften, sonst wollen wir ein generelles Verbot. **(C)**

Als letzter Punkt, Frau Präsidentin, ist mir wichtig, dass wir die Wildtierkriminalität, die es in hohem Maße gibt, die großes Leid verursacht und die ähnliche Ausmaße wie Drogenhandel oder Menschenhandel hat, endlich auch international durch Strafverfolgungsbehörden verfolgen und bekämpfen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident in Petra Pau:

Kollege Träger, setzen Sie jetzt bitte den Punkt.

Carsten Träger (SPD):

Dazu ist es nötig, dass wir eine entsprechende Regelung ins Strafrecht aufnehmen. Herzlichen Dank an das Umweltministerium dafür, dass es sich da auf den Weg gemacht hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident in Petra Pau:

Als Sie bei einer Restredezeit von 31 Sekunden ankündigten, dass Sie noch drei Punkte haben, dachte ich: Das ist sportlich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich bitte in Zukunft darum, das vorher einmal durchzurechnen. **(D)**

Das Wort hat die Kollegin Judith Skudelny für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Judith Skudelny (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben nur eine Gesundheit, und sie zu schützen, ist oberste Aufgabe des Staates. Seit Covid-19 hat der Schutz der Gesundheit aufgrund eines weiteren Themas große Aufmerksamkeit erfahren. Es geht um den Schutz vor sogenannten Zoonosen. Das sind Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden können; aber ich möchte nicht verhehlen: auch vom Menschen zurück auf das Tier.

Es ist nicht so, dass Zoonosen neu sind. Schon seit Jahrhunderten, schon immer leben wir mit Tieren zusammen und haben gelernt, mit den damit einhergehenden Krankheiten umzugehen. Krankheiten wie Tollwut, Salmonellen und auch das Hantavirus sind bekannt, und wir leben mit den damit verbundenen Risiken mit unseren Haus- und Heimtieren, mit Hund, Katze und Mäusen, aber genauso mit den Tieren in der Landwirtschaft, wo Zoonosen uns immer wieder vor große Herausforderungen stellen, aktuell aufgrund der Schweinepest und der Vogelgrippe.

(Beifall bei der FDP)

Das sind alles Krankheiten, die bekannt sind.

Judith Skudelný

- (A) Es gibt aber ein Thema, das wir neu bespielen müssen, und zwar das Thema Wildtiere, das, was Regulierung und Vollzug betrifft, in Deutschland nach wie vor völlig unterbelichtet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Wir müssen dabei zwischen exotischen Haustieren aus Nachzuchten und in der Wildnis gefangenen Tieren unterscheiden. Das sind zwei unterschiedliche Bereiche, die wir unterschiedlich behandeln müssen.

Mit unserem Antrag wollen wir dezidiert den Handel und das Halten von Wildtieren in Deutschland erstmals richtig und umfassend regulieren und transparent machen, und der Vollzug der neuen Regeln soll wirklich durchgeführt werden. Das wäre ein Novum: die Gesetze auch einmal einhalten.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Ute Vogt [SPD])

Es geht um Nachvollziehbarkeit. Der Verbleib geschützter Wildtiere in Deutschland ist eigentlich nachvollziehbar. Das Problem ist: Wie wird diese Nachvollziehbarkeit gewährleistet? Ich sage es Ihnen: mit Fotos auf Karteikarten. Meine Damen und Herren, das sind nicht einmal die Methoden des 20. Jahrhunderts, das sind fast die Methoden des 19. Jahrhunderts, mit denen wir die Probleme des 21. Jahrhunderts lösen wollen.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Digitalisieren wir die ganzen Informationen doch! Weiten wir die Dokumentation auf sehr seltene Arten aus, damit wir, wenn ein Tier krank ist, nachvollziehen können: Wo war das Tier? Mit welchen Menschen hatte es Kontakt? Welche anderen Tiere könnte es infiziert haben? Kontrollieren wir den Import! Der Frankfurter Flughafen ist mit der Animal Lounge doch vollkommen überfordert. Was macht die Ministerin? Sie will den Vollzug verbessern, aber spricht nicht mit den Ländern darüber.

(Beifall bei der FDP)

Wichtig wäre auch, dass sich die Halter der Gefahren bewusst sind. Ich habe mit Jägern gesprochen und gefragt: Kennt ihr Zoonosen? Sie haben gesagt: Natürlich kennen wir Zoonosen. – Ich habe mit Tierärzten und Tierhaltern gesprochen und gefragt: Kennt ihr Zoonosen? Sie haben gesagt: Natürlich kennen wir Zoonosen. – Viele Leute, die exotische Haustiere halten, kennen die Gefahren nicht. Ein Sachkundenachweis dient nicht nur dem Schutz der Tiere, er dient wie im Fall der Bunthörnchen auch dem Schutz der Halter. Deswegen ist er wichtig, um die Gesundheit der Menschen in Deutschland zu erhalten.

(Beifall bei der FDP – Jan Ralf Nolte [AfD];
Das ist nicht praktikabel, was Sie da fordern!)

Die Regulierung des Wildtierhandels kann aber nur *ein* Baustein sein.

Ich möchte am Ende noch erwähnen: Covid-19 ist nicht mit einem Tier nach Deutschland gekommen, es ist mit einem Menschen als Träger nach Deutschland gekommen. Deswegen ist der WHO-Ansatz „One Health“ – umfassende Aufklärung und internationale

- Zusammenarbeit – der Schlüssel zum Erfolg. Das ist ein wichtiger Baustein. Wir müssen aber noch einen weiten Weg gehen, um die Gesundheit in Deutschland umfassend vor weiteren Pandemien zu schützen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident in Petra Pau:

Dr. Kirsten Tackmann hat nun für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen heute Anträge der Koalition, der FDP und der Grünen zum Thema Wildtierhandel vor. Meine Fraktion Die Linke hatte ihren Antrag zu diesem Thema schon vor der Sommerpause eingereicht; er ist bereits in die Ausschüsse überwiesen. Unser Antrag trägt den Titel „Moratorium für Wildtierhandel aus ethischer und epidemiologischer Verantwortung“. Damit sind drei Botschaften verbunden: Es muss beim Handel mit Wildtieren erstens unverzüglich gehandelt werden, weil zweitens ethische Probleme dringend gelöst werden müssen und drittens Infektionsrisiken schnell reduziert werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir ausdrücklich nicht wollen, ist ein generelles Verbot des Haltens von Wildtieren, gerade weil ich weiß, wie viel für den Artenschutz durch Wildtierhaltung in Menschenobhut geleistet wird. Das verdient Respekt und Anerkennung. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel war eine tödliche Pilzinfektion vor ein paar Jahren, die 40 Prozent aller Froscharten im Regenwald Panamas ausgerottet hat. Die vielleicht letzten gesunden Exemplare sind damals in einer dramatischen Rettungsaktion evakuiert und in menschliche Obhut überführt worden – immerhin das!

Aber gerade als Tierärztin kenne ich auch die riskanten und dunklen Seiten des Handelns mit Wildtieren. Eine aktuelle Studie von Pro Wildlife zeigt, dass dieser weitgehend unreguliert ist, dass er stark von Wildfängen abhängig ist und dass er für viele Reptilien- und Amphibienarten unterdessen als Hauptbedrohung gilt, selbst für Arten, die einen Schutzstatus in ihrem Herkunftsland haben. Leider ist die EU ein Hauptumschlagplatz für legalen und illegalen Handel mit Wildfängen, und das darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider gilt es wohl als schick, Exoten zu halten. Deshalb geht es auch um sehr viel Geld. Artenschutz, tierschutzgerechter Transport oder tiergerechte Haltung werden da schnell zur Nebensache. Aber Arten- und Tierschutz sind unsere ethische Verantwortung. Deshalb ist hier der Gesetzgeber gefordert. Gut, dass wir uns darin weitgehend einig sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber bis dieses Regelwerk beschlossen und durchgesetzt ist, vergeht Zeit – für manche Art zu viel Zeit. Deshalb muss jetzt ein Moratorium für den Wildtierhandel her.

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Einige Artenschutzregeln sind löchrig. Es fehlt fast vollständig das Bewusstsein für das Infektionsrisiko durch den Wildtierhandel. Das ist hochriskant, und das geht so nicht weiter. Das Epidemie- und Pandemierisiko durch Zoonosen, also von Tieren, oft Wildtieren, auf Menschen übertragene Infektionskrankheiten, ist offensichtlich. Die Wissenschaft mahnt, dass das Pandemierisiko mit dem Vordringen von Menschen in bislang unberührte Lebensräume und deren Zerstörung erheblich steigt. Aber Wildtiere können auch als Heimtiere Erkrankungen übertragen. Gerade gab es sogar tödliche Infektionen bei Bunthörnchenhaltenden. Trotzdem wird dieses Risiko beim Wildtierhandel bisher nahezu komplett ausgeblendet.

Wir brauchen also ein striktes Regelwerk, und wir müssen es sofort organisieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Carsten Träger [SPD])

Vizepräsident in Petra Pau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, normalerweise würde ich jetzt fragen, ob noch Kollegen anwesend sind, die ihre Stimme bei der zweiten namentlichen Abstimmung des Tages bisher nicht abgegeben haben. Ich bitte, den Mund-Nase-Schutz auf dem Weg dorthin aufzusetzen. Die gute Nachricht ist: Sie haben noch einen Moment länger Zeit als geplant, da noch Kolleginnen und Kollegen aus dem Untersuchungsausschuss auf dem Weg hierher sind, um ihre Stimme abzugeben.

- (B) Das Wort hat die Kollegin Silvia Breher für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Silvia Breher (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser heute vorliegender Antrag basiert auf drei Säulen. Über den Bereich des Artenschutzes und über den Schutz vor Zoonosen haben wir schon einiges gehört. Ich möchte mich auf den Bereich des Tierschutzes konzentrieren; denn schon im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes bei Wildtier- und Exotenhaltung, Tierbörsen, Internet und Versandhandel vorzulegen. Mir persönlich ist der Bereich des Tierschutzes sehr wichtig, und der fängt entgegen der manchmal lautenden öffentlichen Meinung nicht erst an der Stalltür der Landwirte an.

Exoten sind in. Es gibt immer mehr Reptilien, Amphibien, Spinnen, Insekten in Deutschland, leider eben nicht nur in der Hand von Experten, von absoluten Liebhabern, die sich mit diesen Tieren hervorragend auskennen, sondern immer öfter auch als Modetiere von reinen Laien. Da wird ein süßes kleines Reptil, das aussieht wie Schnappi, das kleine Krokodil, im Kinderzimmer zum Problem. Oder aber es muss unbedingt der neueste In-Exot sein, den irgendein cooler YouTuber gerade behypt. Das muss nicht sein.

Genau das wird zum Problem; denn die wenigsten Tiere werden im Fachhandel nach fachkundiger Beratung gekauft, sondern auf Tierbörsen schnell mitgenommen

oder – rund um die Uhr möglich – im Internet bestellt. (C) Die Exopet-Studie, die vorliegt, zeigt uns hier ganz klar Handlungsmaßnahmen auf, und diesen folgen wir mit unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erstens ist da der Zoofachhandel, der natürlich immer und oft eine gute fachliche Beratung bietet. Aber was ist mit den Garten- und Baumärkten? Da ist neben der Sommerdeko, den Blumen, mal eben schnell die tierische Deko eingepackt und „by the way“ als Wegwerfartikel mitgenommen. Wir fordern den verpflichtenden Sachkundenachweis bei allen Verkäufern im Bereich von Tieren. Wir möchten, dass dieser Sachkundenachweis nicht mal so und mal so erworben werden kann, sondern dass wir bundesweit einheitliche Kriterien dafür haben, die auch fachlich hochwertig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens ist da der Bereich der Tierbörsen, über den wir schon einiges gehört haben, ursprünglich gedacht als Treffen privater Züchter und als Möglichkeit des Austausches. Die Tatsache heute: Handelsplattform von internationalen Händlern, die mit ihren Tieren in Transportboxen von einer Börse zur nächsten reisen, wo man berechtigterweise die Frage stellt, ob die Tiere jemals wieder in einen Stall oder in eine vernünftige Unterkunft kommen. Genau an diese Tierbörsen wollen und müssen wir ran.

Wir fordern verbindliche Mindeststandards: ein Verbot von Wildfängen, fachliche Beratung in deutscher Sprache, die Beschränkung auf ein oder zwei Tierarten und eine entsprechende Begrenzung der einzelnen Tiere. Die Amtstierärzte müssen nicht nur am Beginn, sondern die ganze Zeit da sein. Sie haben dann auch die Möglichkeit zur Kontrolle, wenn die Händler und die Tiere mit den entsprechenden Nachweisen vorher angemeldet werden müssen. Gleiches fordert übrigens auch die Umweltministerkonferenz – zuletzt im November –, aber eben nicht das erste Mal. (D)

Der dritte Punkt ist natürlich der Internethandel. Er nimmt zu: Es ist so einfach, es gibt immer schöne bunte Bilder. Die Tierchen kommen mit der Post, man hat ein Widerrufsrecht. Und dann? Stecke ich das Tier in einen Umschlag und schicke es zurück? Wir wollen, dass der Internethandel klarer wird. Wir wollen, dass die Anbieter im Internet ihren Klarnamen hinterlegen müssen, dass sie den Plattformen bekannt sind, dass sie zertifizierte Plattformen für Tierversäufe haben und dass auch dort der Verkauf von Wildfängen verboten wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Carsten Träger [SPD])

Das Bundesamt für Naturschutz soll hier die Behörden und den Zoll übrigens unterstützen. So einfach, so ahnungslos darf die Haltung von Tieren, von Exoten in Deutschland einfach nicht bleiben. Deshalb wollen wir den Handel einschränken und den Tierschutz mit Blick auf den Transport von Tieren deutlich erhöhen und am Ende vor allen Dingen dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die sich für diese Exoten entscheiden, das bewusst

Silvia Breher

- (A) machen, dass sie wissen, worauf sie sich einlassen, dass sie die Bedingungen und Notwendigkeiten dieser Tiere kennen und sie dann auch entsprechend pflegen können.

Da der Antrag der Grünen und der Antrag der FDP mit unserem Antrag, wenn man sie nebeneinanderlegt und die Punkte abhakt, fast deckungsgleich sind, gehe ich davon aus, dass wir in den Ausschüssen gute Beratungen haben werden, und freue mich darauf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Carsten Träger [SPD] – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn es noch in dieser Legislatur kommt, ja!)

Vizepräsident in Petra Pau:

Ich komme zurück zum Tagesordnungspunkt 15. Die Zeit für die namentliche Abstimmung ist abgelaufen. Ich frage trotzdem: Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, welches sich an der Stimmabgabe bisher gehindert sah? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Das Wort hat die Kollegin Susanne Mittag für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Susanne Mittag (SPD):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Handel mit Tieren und insbesondere der illegale Handel – das ist schon mehrfach erwähnt worden – ist ein weltweites Milliardengeschäft. Deshalb ist dieser Bereich eben auch für die organisierte Kriminalität sehr interessant. Europol hat die Brisanz dieses Themas schon erkannt, und das Thema ist längst auf der Agenda.

Mit den durch illegale Geschäfte erwirtschafteten Geldern werden an anderer Stelle wieder kriminelle und auch kriegerische Aktivitäten finanziert. Damit ist das Leid von Tieren verbunden, von Menschen, Zerstörung von Lebensraum und Aussterben von Arten. So bewirkt jetzt Covid, wie schon bei den Vorrednern erwähnt, dass auch der Handel mit Wildtieren und Exoten endlich mal stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerät.

Wir hatten bereits im Koalitionsvertrag – das ist schon ein paar Jahre her – den Handel und die Haltung von Wildtieren und Exoten als Herausforderung im Tierschutz, um es mal vorsichtig auszudrücken, festgestellt und das für Tierschutzfragen zuständige Ministerium beauftragt, bis zur Mitte der Legislaturperiode Vorschläge für konkrete Maßnahmen bis hin zu Verboten zur Verbesserung des Tierschutzes vorzulegen.

Mit dem heutigen Antrag wollen wir daran erinnern und gleichzeitig Vorschläge machen, an welchen Stellen angesetzt werden muss. Dabei orientieren wir uns an der schon erwähnten Exopet-Studie, die das Landwirtschafts-

- ministerium vor Jahren selbst in Auftrag gegeben hat und von deren Vorschlägen bislang leider noch nichts umgesetzt wurde. (C)

Neben den schon erwähnten Regelungen für Verkäufer und Käufer wollen wir die Zusammenarbeit mit den Ländern, um verbindliche Mindeststandards für die Durchführung von Tierbörsen zu definieren. Das war auch ein Thema bei der bereits erwähnten Umweltministerkonferenz vom 13. November, auf der eine rechtsverbindliche, bundesweit einheitliche Verordnung für Tierbörsen inklusive des Ausschlusses von Wildfängen gefordert wurde. Auch fordern wir zur Sicherung der Rückverfolgbarkeit des Anbieters, das anonyme Inserieren und das von Wildfängen generell zu verbieten.

Wir wollen außerdem eine rechtsverbindliche, bundesweit einheitlich geltende Vorgabe zur Führung eines Bestandsbuches für den gewerbsmäßigen Handel mit Tieren einführen. Das verbinden wir damit, ergebnisorientiert zu prüfen, wie eine digitale Umsetzung erfolgen kann; denn nicht jeder führt ein eigenes Buch. Nur so kommen wir – ich hoffe, in absehbarer Zeit – zu einer zentralen Datenbank, die die Tierbestände dokumentiert, damit wir endlich mal wissen, welche Exoten und Wildtiere wir in Deutschland haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte, ehrlich gesagt, ganz gern noch mehr konkrete Formulierungen hineinverhandelt, so wie sie in der Exopet-Studie auch vorgeschlagen wurden. Diese Studie ist relativ konkret. Mehr war leider nicht verhandelbar, aber trotzdem ist das schon ein riesiger Schritt, um da voranzukommen. Vielleicht überrascht uns alle das Landwirtschaftsministerium mit weiteren Konkretisierungen. Das wäre doch schön. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident in Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/24435, 19/24645 und 19/24593 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Zehnten Gesetzes zur Änderung des Weinggesetzes**

Drucksache 19/23749

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

Drucksache 19/24512

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Bundesministerin Julia Klöckner.

¹⁾ Ergebnis Seite 24677 C